

Abkommen über die Schule für Verfassungsschutz

Der Landtag hat einstimmig nach erster Lesung das Abkommen über die Schule für Verfassungsschutz (SfV) an den Hauptausschuss überwiesen. Die Landesregierung hatte einen entsprechenden Antrag auf Zustimmung zu einem Staatsvertrag gestellt. Stellvertretend für den Innenminister erläuterte der Minister für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr, Peer Steinbrück (SPD), bei der Einbringung, Bund und Länder unterhielten die Schule für Verfassungsschutz als gemeinsame Bildungseinrichtung der Verfassungsschutzbehörden. Die Beziehungen zwischen dem Bund und den Ländern sowie die Einwirkungsmöglichkeiten der Länder auf die Schule seien durch ein Abkommen über die Schule für Verfassungsschutz geregelt. Die Neufassung des Abkommens ersetze das bisher geltende Abkommen, dem die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen 1995 beigetreten seien. Der vorliegende Staatsvertrag sei das Ergebnis von Diskussionen, die zwischen dem Bund und den Ländern auf der Grundlage eines Auftrages des Bundestages zur Untersuchung von Möglichkeiten zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung geführt worden seien. Dabei habe sich gezeigt, dass die Aus- und Fortbildungsziele der Verfassungsschutzbehörden und der Lehrgruppe „Militärischer Abschirmdienst“ in weiten Teilen vergleichbar seien, so dass eine Zusammenführung der bisher getrennten Aus- und Fortbildungsmaßnahmen sinnvoll erscheinen. Das Abkommen führe dazu, dass der von NRW zu tragende Anteil an den Kosten der Schule niedriger ausfalle als bisher. Bisher habe der Bundesanteil 57,5 Prozent betragen. Künftig werde er 70 Prozent umfassen. Der Länderanteil habe bisher bei 42,3 Prozent gelegen und werde nun auf 30 Prozent gesenkt. Für das Land NRW bedeute das eine Kostenreduktion um rund 99 000 DM, von jährlich 423 000 DM auf nunmehr 324 000 DM. Das Abkommen werde auf die Dauer von fünf Jahren geschlossen (Drs. 12/3971).

LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ulrich Schmidt.
 Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
 Postfach 101143, 40002 Düsseldorf
 Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur),
 Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner
 (Redakteurin), Telefon: (02 11) 8 84 23 03,
 8 84 23 04 und 8 84 25 45, T-Online: *56801#, FAX
 8 84 30 22
 Ständiger Berater des Herausgebers für „Landtag
 intern“: Dr. Hans Zinnkann, stellvertretender
 Pressesprecher des Landtags
 Redaktionsbeirat Edgar Moron MdL (SPD), Parla-
 mentarischer Geschäftsführer, Heinz Hardt MdL
 (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer;
 Sylvia Löhrmann (GRÜNE), Parlamentarische Ge-
 schäftsführerin, Hans-Peter Thelen (SPD), Pres-
 sereferent; Notker Becker (CDU), Pressesprecher;
 Rudolf Schumacher (GRÜNE), Pressesprecher
 Nachdruck mit Quellenangabe erbeten
 Herstellung und Versand: Triltsch Druck und Ver-
 lag, Düsseldorf, Vertrieb Telefon (02 11) 3 86 36 26
 ISSN 0934-9154
 Internet-Adresse: <http://www.landtag.nrw.de/>
 LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend her-
 gestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Porträt der Woche

Man kann nicht behaupten, dass die Skulptur der Dargestellten schmeichelt: Eine stämmige Frau, um nicht zu sagen ein Trampel, bekleidet mit einer Art Dirndl, steht da auf dem Kopf und streckt die Beine in die Luft. Die lebensgroße Pappmachéfigur hat Gabriele Behler von Hauptschülern aus dem westfälischen Delbrück geschenkt bekommen – völlig frei von Hintergedanken. Dass die Plastik Kopf steht, sei keine Anspielung auf ihre Politik, sondern lediglich eine Aufforderung, die Welt auch mal aus einer anderen Perspektive zu betrachten, hätten ihr die Schüler erläutert. Gabriele Behler jedenfalls hat sich über das Kunstwerk gefreut und ihm einen Ehrenplatz in ihrem Büro zugewiesen.

Sie wird mit solchen Sympathiebekundungen nicht gerade verwöhnt. Seit Sommer vorigen Jahres leitet Gabriele Behler das am Hochschule, Wissenschaft und Weiterbildung ergänzte Schulministerium, das die Sozialdemokratin schon seit 1995 führte. Die Hochschulen an Rhein und Ruhr betrachten das neue Superministerium eher skeptisch, ihrer Meinung nach bedarf es weiterhin eines eigenständigen Wissenschaftsressorts.

Nicht weniger Skepsis schlägt der Ministerin aus Schulen und Interessenverbänden entgegen. Etwa, wenn sie von „Leistungskultur“ spricht und erklärt, sie wolle den Nachweis führen, dass das öffentliche Schulsystem durchaus wettbewerbsfähig sei. Sie sieht darin die einzige Alternative zu dem Weg, den die meisten anderen Industriestaaten eingeschlagen haben: ein ärmliches öffentliches neben einem hochangesehenen und teuren privaten Schulwesen. Das heiße ja nicht, betont die Ministerin, dass jetzt nur noch die Mechanismen des Marktes angewendet würden. Es ist eine Politik der kleinen Schritte; keiner sonderlich spektakulär, aber jeder geeignet, Gegner hervorzurufen, die Schulleiter etwa, die künftig nur auf Zeit ernannt werden.

Zugute kommt der 48-Jährigen bei ihren Reformen, dass ihr das Metier bestens vertraut ist. Nach dem Studium der Geschichte und Germanistik in Münster arbeitete sie als Studienrätin am Gymnasium in Halle/Westfalen. Danach war sie fünf Jahre ans Kultusministerium abgeordnet, wo sie die Machtmechanismen des Ressorts kennenlernte. Für vier Jahre wechselte sie dann noch einmal in den Schuldienst und leitete das Gymnasium in Bielefeld-Heepen, bis sie 1990 Abteilungsleiterin im Gleichstellungsministerium wurde.

In der Partei ging es währenddessen steil nach oben: 1988 Mitglied im SPD-Bezirksvorstand Ostwestfalen-Lippe (OWL), 1989 Einzug in den Landesvorstand, 1990 stellvertretende OWL-Bezirksvorsitzende. Mit 40 Jahren löste sie 1991 schließlich die damals 67-jährige Antje Huber als stellvertretende Landesvorsitzende ab und verkörpert seither ein Stück Generationswechsel in der NRW-SPD.

Dass sie zugleich eine Exponentin der Linken sei, hält sie dagegen für eine Medien-



Gabriele Behler (SPD)

erfindung. Diese „alten Linien“, die Aufteilung in Linke und Rechte, „trägt doch schon lange nicht mehr“, meint sie. Zu dem Etikett passt zumindest auch wenig, dass sie es war, die auf dem SPD-Landesparteitag 1993 einen pragmatischeren Kurs in Bezug auf die Gesamtschule durchsetzte und dafür hart attackiert wurde.

Auffällig an dieser Karriere ist, dass sie ohne die berühmte Ochsentour verlief. Nie saß Gabriele Behler in einem Gemeinderat, und als Landtagsabgeordnete ist sie eine Anfängerin: Erst im September 1995 rückte sie ins Parlament nach. Das Direktmandat in ihrem Gütersloher Wahlkreis hatte der CDU-Konkurrent gewonnen. Und auch jetzt werde sie in ihrem Wahlkreis kaum als Abgeordnete, fast nur als Bildungsministerin wahrgenommen, sagt sie: „Die Leute kommen hauptsächlich mit Schulproblemen in die Sprechstunde.“

Gabriele Behler ist in erster Linie Parteipolitikerin. Dabei stammt sie aus einem „kleinbürgerlichen Elternhaus“, wie sie es selbst nennt, in dem Politik eher als anrüchlich galt. In ihrem Geburtsort Werne an der Lippe war ihr Vater Polizist, die Mutter Zahnarzthelferin. Den Weg zur SPD fand Gabriele Behler 1972 über ihre Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus. Ihr habe imponiert, dass die SPD als einzige Partei gegen Hitlers Ermächtigungsgesetz stimmte. Mittlerweile, erzählt sie amüsiert, seien auch ihre zwei jüngeren Geschwister in die SPD eingetreten.

Sie selbst ist kinderlos mit einem Arzt verheiratet. Was an Schulen heutzutage so vor sich geht, wisse sie aber ganz gut durch ihre Nichten und Neffen, mit denen sie in einer Hausgemeinschaft lebt. Irgendwann, sagt sie, wolle sie auch wieder als Lehrerin arbeiten – am liebsten eine achte Klasse in Deutsch unterrichten. Über Literatur lasse sich sehr viel, vor allem über Geschichte, vermitteln.

Roland Kirbach

(Das namentlich gekennzeichnete „Porträt der Woche“ ist Text eines jeweiligen Gastautors und muss nicht immer mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.)